

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Bestellen Sie mit Rücksicht auf den Versand und die Postgebühren 5 Mk. für den folgenden Tag. Bestellungen bei Bestellungen monatlich 4 Mk., durch unsere Vertreter zugesandt in der Stadt monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 Mk., ohne Zustellungsgeld. Alle Bestellungen und Postbestellungen werden sofort bearbeitet und die Bestellungen werden sofort bearbeitet. Im Falle eines Versands, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Post werden keine Rücksicht auf Lieferung der Zeitung ohne Abzug des Postgebührens.



Abonnement 20 Pfg. für die 6 wöchentliche Ausgabe oder beim Kassenzug, 10 Pfg. Abnahme 3 Mk. Bei Wiederholung von Jahresauftrag ersetzender Preisnachlass. Bestellungen in amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 wöchentliche Ausgabe 2,50 Mk., Nachbestellung 10 Pfg. Abnahme 3 Mk. Bestellungen bis zum 10. Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachbestellung ist die Abgabe durch Nachbestellung vorbehalten. Wenn der Betrag durch Nachbestellung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch genommen.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt
Verleger und Drucker: Arthur Jzuanke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Vassig, für den Inseratenteil: Arthur Jzuanke, beide in Wilsdruff.

Nr. 266.

Dienstag den 16. November 1920.

79. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Völkervereinigung erklärt sich in einer Note bereit, die Dielektoren bis auf weiteres zur Verfügung der deutschen Regierung zu belassen.
- Nach einer französischen Statistik hatten sich zurzeit in Paris 1800 Deutsche auf.
- Die schwedische Regierung hat die offiziellen Beziehungen zu Ungarn aufgenommen.
- Dem russischen Generalstabsbericht zufolge sind die Bolschewiken über Elwood in die Krim eingedrungen.
- Infolge der Drohung der Sinnjäger gegen die heiligen Interessen in Amerika ist die Bewachung der englischen Botschaft in Washington angeordnet worden.

Ein faules Kompromiß!

Es ist selbstverständlich, zwischen England und Frankreich über die Frage des von Deutschland zu fordernden Schadenersatzes nicht zum Bruch, sondern zur Verständigung gekommen. Der darüber zwischen London und Paris gefundene Notenwechsel hat mit der Antwort des französischen Ministerpräsidenten vom 11. November seinen Abschluß gefunden. Danach soll sich das Verfahren, wie es nunmehr vereinbart worden ist, in nicht weniger als vier Stadien vollziehen: An erster Stelle die Sachverständigen-Konferenz in Brüssel, zu der auch deutsche Fachleute erscheinen dürfen, zweitens eine Ministerkonferenz in Genf, zu der die Deutschen mit beratender Stimme, wie in Spa teilzunehmen sollen. Von hier aus erfolgt Berichterstattung an die beteiligten Regierungen, die ihrerseits ihren Vertretern im Wiederherstellungsausschuß weitere Anweisungen ausgeben lassen. Danach wird drittens der Wiederherstellungsausschuß die Festlegung des Gesamtbetrages und an die Zahlungsweise der von Deutschland geschuldeten Summe heranzutreten und den Mächten einen Bericht über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erstatten. Viertens und letztes soll dann endlich der Oberste Rat alle noch nötig erscheinenden Maßnahmen, wie Sicherungen und Strafbestimmungen prüfen und treffen. Damit ist dann die Reifezeit der Regierungsmänner in London und Paris zunächst erschöpft. Zunächst!

Zu diesem Programm wird nunmehr die Reichsregierung ihrerseits Stellung zu nehmen haben. Es ist, wie man leicht ein Kompromiß abseiler Art. England hat sich auch in dieser Frage wiederum im großen und ganzen der französischen Unbedingtheit gebeugt, und wenn nicht im unmittelbaren Anschluß an die Konferenz von Spa alsbald eine förmliche Einladung an Deutschland nach Genf ergangen wäre, so hätte aller Wahrscheinlichkeit nach Willerand auch diesmal wieder einen vollen Sieg über Lloyd Georges eher zur Nachtzeit als zur Morgenröte davongetragen. Was bei diesen Bemühungen, Feuer und Wasser miteinander zu versöhnen, schließlich herausgekommen ist, das muß angesichts der furchtbaren Lage, in der sich Deutschland befindet, auch jedem unbefangenen Beurteiler einen geradezu abstoßenden Eindruck machen. Man verleiht eine Entscheidung, die eigentlich schon seit Jahr und Tag fällig ist, abermals um Wochen und Monate. Man tut so, als wenn noch gar keine Vorarbeiten für sie geleistet worden wären, und man bemüht sich, da nun schließlich doch einmal ein Weg gefunden werden muß, um den Vorarbeiten des Friedensvertrages nachzukommen, ein Verfahren ausfindig zu machen, dessen Unmöglichkeit gar nicht mehr überwunden werden kann. Die Konferenz in Genf war ursprünglich schon für den Monat September vorgelesen, dann wurde sie auf den Oktober, November, auf den Dezember verschoben, und jetzt man schließlich so weit, festzusetzen, daß sie spätestens in der ersten Hälfte des Februar 1921 stattfinden soll. Man bringt sie nämlich mit einem Male mit der Volksabstimmung in Oberschlesien in Verbindung, die vorher erledigt werden soll, woraus also hervorgeht, daß man sie tatsächlich dem guten Oberbeschletern mitten im tiefsten Winter auflegen will.

Alle Kenner der Verhältnisse halten die Ausführung einer Volksabstimmung im Winter für unausführbar aus tausendfachen wichtigen Gründen. Besteht die Entente trotzdem auf dieser Frühbestimmung, so kann man sich dann ungefahr vorstellen, was für eine Farce aus dieser Willensstimmung des oberbeschletern Volkes gemacht werden soll. Darüber wird noch mancherlei zu sagen sein. Heute genügt es, auf diesen ungemein bezeichnenden Einzelumstand hinzuweisen, um den treibenden Geist zu kennzeichnen, aus dem heraus dieses elende Kompromiß zwischen England und Frankreich entstanden ist. Das letzte Wort in der Frage der Schadenersatzfestlegung soll also, wie die Franzosen es von vornherein gefordert haben, der Wiederherstellungsausschuß und nicht der Oberste Rat zu sprechen haben. Er wird vielleicht im März soweit sein, seine Endentscheidung fällen zu können, und im April gelangt dann wohl der Oberste Rat zur Lösung der Schlußaufgabe, die ihm im vierten Punkt des Kompromisses zugewiesen ist. Wir werden also noch ein nettes rundes halbes Jahr zu warten haben, bis das Endurteil über unsere Schadenersatzleistung fälligt. Dabei ist es den Gebietern der Entente nur zu gut bekannt, daß alles für unsere Wiederherstellung, für die Wiederherstellung unserer Volks- und Finanzwirtschaft davon abhängt, daß wir das Maß unserer Verpflichtungen so bald wie irgend möglich kennen lernen. Aber das rührt die Verantwortlichen gar nicht. So sehr auch in

ihren eigenen Mitte sich die Stimmen mehren, die Verständnis für unsere Lage zeigen und billiges Eingehen auf unsere Räte verlangen. Sie thronen viel zu hoch über dem Jammer der deutschen Erde, um ein Herz für ihn zu zeigen. Starr und kalt bestehen sie auf dem letzten Buchstaben des Versailler Vertrages unbedünnt darum, was aus Deutschland, was aus Europa werden mag. Der Hof führt ihre Feder, nicht der Wunsch nach Verständigung — so werden sie Sturm ernten.

Herr Dr. Simons hat kürzlich im Reichstag erklärt, unter welchen Bedingungen er bereit sei, nach Genf zu gehen. Das englisch-französische Kompromiß ist von der von ihm gezeichneten Linie weit entfernt, er wird dann auch hoffentlich wissen, was er zu tun hat.

Der Kampf um die Kohle.

Aus dem Sozialisierungsausschuß.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Interimsausschusses für Sozialisierung des Kohlenbergbaus polemisierte Löffler vom Reichskohlenrat gegen den Verständigungsvorschlag der Ebenertkommission. Alles, was bisher an praktischen Vorschlägen auf die Verwirklichung der Regierung erfolgt wäre, sei unzulänglich und darum unbrauchbar. Die Reichsregierung solle endlich aus dem „Verst.“ herauskommen und eine klare Antwort geben. Georg Bernhard tadelt in seinem Referat die Entwürfe wegen ihres Mangels an gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Was erreicht werden müßte, sei eine stärkere und

Planmäßige Konsumierung.

die nicht durch einzelne Konzerne, sondern durch eine Umformung des Eigentumbegriffs nach der Seite des Arbeiters hin möglich zu machen wäre. — Vor der Gefahr, die mit einem Dinaustreiben des sozialistischen Gedankens über das Betriebsratsgesetz verbunden sei, warnte Dr. W. Rathenau. Es sei unbestritten, daß heute der Unternehmer sich als Führer nur im Auftrag der Gesamtheit fühle. Trotzdem müsse man Arbeitern mehr praktischen Einfluß einräumen, was erreicht werden könne, ohne das Ziel der Überwindung des angründlichen Zustandes aufzugeben. Man könne sich der sozialen Aufgaben nicht entziehen, indem man Kleinrenten schaffe. Es sei sehr zweifelhaft, ob die vertikale Entwicklung schon organische Wirtschaft sei. Sie würde nie der Vielgestaltigkeit der deutschen Wirtschaft gerecht werden können. Man würde nicht vorwärts kommen, wenn der Gedanke der vertikalen Verbindung sich nicht mit der horizontalen Verbindung begegne. Demgegenüber betonte Generaldirektor Dr. Bögl, daß in dem ganzen Vorschlag nicht ein Wort von vertikalen Fortbildungen enthalten sei. Er sei erkrankt, daß die Vorrede gerade diesen Gedanken herausgearbeitet hätte. In Wirklichkeit betrachten die Väter des Verständigungsvorschlages fast das als Grundlage, was Herr Dr. Rathenau als das Notwendige hinstellt. Nur wolle man — im Gegensatz zu Rathenau — nicht bei dem Dache, sondern beim Grundstein anfangen. Was man beabsichtigt haben wolle, seien folgende Umstände: Die Mehrheit der Bevölkerung besteht heute die

Kohle in verfeineter Form.

Gas, Eisenbahn, Elektrizität, Hausbrand haben heute über 45%. Mit Anrechnung des Anteils der Entente bleiben für das ganze übrige Deutschland, am Raschab der Ruhrkohle gerechnet, nur noch 30% übrig. Die R. W. G. hat heute rund eine Milliarde Stimmstunden; rund 150.000 Arbeiter werden in den angeschlossenen Werken beschäftigt. Beibehalten die Städte von Bonn bis Elze, und nur 20 bis 25% sind Privatkapital. In Berlin ist kein nennenswerter Kosten von Aktien vorhanden, sondern sie bleiben im Rheinland. Es ist absolut falsch, wenn man die Wirtschaft nach der horizontalen Basis betrachtet, nach dem Verh. wo er augenblicklich liegt. Die großen Kohlenmagnaten haben ihre Papiere durchgehalten aus Anhänglichkeit an den Verh. Verkauf wurden Papiere erst, als andere an die Straße kamen, heute mit viel mehr Initiative als die ehemaligen Schöpfer. So wurde der westliche Kohlenbergbau durch die

Abhängigkeit an die Papiere

geschaffen. Der Gemeinwirtschaft durch Zusammenschluß der Industriewerte soll die Möglichkeit gegeben werden, die Kohle als Eigentum zu erwerben. Der erste Schritt zum horizontalen Aufbau wurde getan, indem die wichtigste Kohle der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt wurde. Macht man die Allgemeinheit zum Diktator über die Kohle, so wird das Wort Diktatur seinen unbedeutenden Belgechnack verlieren. Dr. Bögl verweist auf die Erfahrungen im Feiner Walzwerk mit den Sozialisten für Arbeiter, deren Einlage mit den Dividenden der Gesellschaft verglichen werden. Der Verh. egoismus ist an und für sich gar nicht so unbedeutend. Wenn auch 10% Dividende jemand nicht reich oder arm machen, er verfolgt er doch sein Papier mit einem gewissen Interesse, er flieht vor allem auch, welche Wirtschaft auf dem Werk getrieben wird. Wenn man das Interesse der Arbeiterchaft auf diese Weise etwas mehr wecken könnte, dann würden vielleicht keine Gochöfen mehr stillgelegt werden.

Vorläufige Belassung der Dieselmotoren.

Für Zwecke der Industrie.

Die Völkervereinigung hat bezüglich der Dieselmotoren der deutschen Regierung eine Note zugesandt, in der es heißt:

Die Völkervereinigung ist der Meinung, wenn sich nicht erweisen läßt, daß die Motoren ohne Änderung in der Industrie verwendet werden, daß dann die Tatsache, daß eine große Anzahl von ihnen in gutem Zustand auf Lager gehalten wird, eine Verletzung des Vertrages von Versailles darstellt. Die Völkervereinigung ist bereit, die Maschinen auf weiteres zur Verfügung der deutschen Regierung zu belassen, wenn sie nur für

Handels- und Industriezwecke Verwendung finden. Weiter wird verlangt: Die deutsche Regierung trifft alle Maßnahmen, um der Internationalen Kontrollkommission spätestens bis 31. März 1921 einen Bericht zu übermitteln über den Standort aller Dieselmotoren, die am Tage des Waffenstillstandes in U-Booten aufgestellt oder für U-Boote bestimmt waren. Es muß genau angegeben werden, welche dieser Motoren in der Industrie verwendet werden und welche nicht.

Eine Denkschrift des Wohlfabrikministers.

Unmöglichkeit der Ablieferung von Milchfäden.

Der preussische Minister für Volkswirtschaft als Chef des Gesundheitswesens in Preußen hat Stellung zu der Frage der Ablieferung von Milchfäden an Frankreich, Belgien usw. genommen und in einer Denkschrift an das preussische Staatsministerium erklärt, daß der durch die Kriegsenhebungen aufs schwerste geschädigte Gesundheitszustand der Bevölkerung, besonders der Mütter und Kinder, es nicht erlaube, die Ablieferung von Milchfäden näherzutreten, selbst wenn die Zahl der abzuliefernden Fäden weit hinter der durch die Presse mitgeteilten Anzahl von 800.000 Stück zurückbleibe und sich die Ablieferung über mehrere Jahre erstrecken sollte. Wenn Frankreich und Belgien 800.000 Milchfäden abverlangten, so würden uns dadurch mindestens 6 Millionen Liter Milch täglich entzogen werden. Bei dem dann eintretenden Mangel an Milchzufuhr hätten die deutschen Mütter nicht mehr die Kraft, ihre Kinder zu füttern.

Abbau des Beamtenapparates.

18 Milliarden Mark für Gehälter.

Im Hauptauschuß des Reichstages kam es aus Anlaß der Erörterung der Beamtenpositionen im Etat des Reichs Ernährungsministeriums zu einer Aussprache über den Abbau des Beamtenapparates des Reiches. Die Abgeordneten Dr. Böhm und Döbrich (Deutsche Sp.) hatten den Antrag gestellt, am Schluß des Kapitels, das die Besoldung der beamteten Kräfte behandelt, den Satz einzufügen: „Die als künftig wegfällig bezeichneten Stellen sind beim Freiwerden nicht wieder zu besetzen, wenn das Bedürfnis, das zu ihrer Errichtung geführt hat, nicht mehr besteht.“

Ministerialdirektor v. Schlieben (Reichsfinanzministerium) gibt zu dem Antrag die Erklärung ab, daß die Reichsregierung anerkennt, daß der Beamtenapparat übermäßig angewachsen sei und die Mittel des Reiches zu sehr in Anspruch nehme. Die Aufwendungen des Reiches im Staatsjahr 1920 für Beamte und Arbeiter, ohne Heer und Marine, belaufen sich: für planmäßige Beamte auf 9,5 Milliarden, für Hilfsleistungen durch Beamte auf 759,8 Millionen, für Hilfsleistungen durch nichtbeamtete Kräfte einschließlich Arbeiter auf 4,8 Milliarden. Das Reich gibt also für seine Beamten und Arbeiter, ohne Heer und Marine, insgesamt 15,1 Milliarden Mark aus. Diese Kosten erhöhen sich noch durch die jetzt in der Beratung befindliche Novelle zur Besoldungsordnung, weiter durch die Neuregelung des Ortsklassenverhältnisses und durch das in Beratung befindliche Besoldungsanpassungsgesetz. Im ganzen wird man also die Ausgaben für Beamte und Angestellte des Reiches auf 18 Milliarden Mark im Jahre 1920 schätzen können, dazu kommen noch die sämtlichen Verwaltungskosten, welche auch noch auf mehrere Milliarden zu veranschlagen sind, so daß das Aufkommen des Reiches an fortlaufenden Steuern und Zöllen zum größten Teil durch die Kosten des Verwaltungsapparates des Reiches verbraucht werden. Infolgedessen muß an einen erheblichen Abbau des ganzen Verwaltungsapparates des Reiches (sobald als irgendmöglich) getreten werden.

Die neue Schlichtungsordnung.

„Kein Polizei- oder Zwangsgesetz.“

Dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Nachdem die Beratungen beendet sind, die von der 18-gliedrigen Kommission und Vertretern der großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände im Reichsarbeitsministerium über den vorläufigen Entwurf einer Schlichtungsordnung geführt worden sind, wird zurzeit der endgültige Entwurf unter weitestgehender Berücksichtigung der Ergebnisse der Kommissionsberatungen ausgearbeitet. Dieser wird nach seiner Fertigstellung entsprechend den Bestimmungen der Reichsverfassung zunächst dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, alsdann dem Reichsrat und schließlich dem Reichstag gehen. Mit der Einbringung des Gesetzes im Reichstag kann für den Anfang des nächsten Jahres gerechnet werden. Was den Inhalt des Entwurfes der Schlichtungsordnung anlangt, so sind die in der letzten Zeit, insbesondere anlässlich der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1920 in der rechts- wie in der links-politischen Presse erschienenen Notizen vielleicht geeignet, Irrtümer zu erregen. Ihnen gegenüber muß betont werden, daß die Schlichtungsordnung nicht ein „Polizei- oder Zwangsgesetz“ werden soll, sondern daß sie dazu bestimmt ist, auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechts der Parteien eine ständige Einigung in Arbeits-